

N i e d e r s c h r i f t

über die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom
02.12.2015
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789
Monheim am Rhein
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 20:33 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Lucas Risse

Frau Laura Töpfer

Vertretung für Herrn Benedikt Reich

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

es fehlen entschuldigt

Frau Badi Özgültekin

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Herr Benedikt Reich

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Sonja Baumhauer

Frau Estelle Dageroth

Frau Simone Feldmann
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Manfred Hein
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Frau Sabine Noll
Herr Ralf Richrath
Frau Christiane Schärfke
Herr Marc Steven
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.09.2015 IX/0583
5. Richtlinien zur Förderung von Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften der Stadt Monheim am Rhein IX/0578
6. Neufassung der Vergabeordnung und 3. Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen IX/0423
7. 7. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" IX/0545
8. 7. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" IX/0546
9. 1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012" IX/0547
10. 2. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" IX/0562

vom 19.12.2013

- | | | |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 11. | Abschluss eines Erschließungs- und eines Schiedsvertrages für das Bebauungsplangebiet 63 B "Am Waldbeerenberg" | IX/0440 |
| 12. | Neubau der Feuer- und Rettungswache
-Baubeschluss- | IX/0544 |
| 13. | Neufassung der Satzung über die Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein (Feuerwehrsatzung) | IX/0503 |
| 14. | Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann | IX/0568 |
| 15. | Strategische Weiterentwicklung des Ulla-Hahn-Hauses in Monheim am Rhein | IX/0415 |
| 16. | Einführung der Selbstverbuchung in der Bibliothek Monheim am Rhein | IX/0520 |
| 17. | Bibliothekskonzept 2015-2020 | IX/0522 |
| 18. | Konzeption der Kunstschule Monheim am Rhein | IX/0499 |
| 19. | Umsetzung von Teilbereichen Konzept Mo.Ki-Zentrum | IX/0558 |
| 20. | Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in Tagespflege" | IX/0555 |
| 21. | Vertretungsregelung in der Kindertagespflege | IX/0567 |
| 22. | Einführung der papierlosen Gremienarbeit und Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein | IX/0575 |
| 23. | Sachstandsbericht zum anonymisierten Bewerbungsverfahren | IX/0565 |
| 24. | Flächendeckender Ausbau des öffentlichen WLAN-Angebotes | IX/0569 |
| 25. | Antrag der ev. Kirchengemeinde auf einen Zuschuss zur Sanierung der Altstadtkirche | IX/0580 |
| 26. | Antrag zur Bezuschussung des Projektes "Sozialzentrum SKFM Monheim am Rhein e.V." neben der Johanneskirche Brandenburger Allee | IX/0557 |
| 27. | Antrag der PETO-Fraktion "Rente für ehrenamtliche Feuerwehr" | IX/0541 |
| 28. | Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2014 und Entlastung des Bürgermeisters | IX/0539/1 |
| 29. | Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2014 | IX/0477 |
| 29.1. | Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner | |

- | | | |
|-----|-----------------------------------------|---------|
| 30. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 | IX/0553 |
| 31. | Mündliche Mitteilungen | |
| 32. | Mündliche Anfragen | |

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Die folgenden Punkte werden von der Tagesordnung abgesetzt. Die Beratung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses:

TOP öffentlich 2 – Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
TOP nichtöffentlich 2 – Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
TOP nichtöffentlich 6 – Neuabschluss der Konzessionsverträge Strom und Gas für das gesamte Stadtgebiet, Vorlage Nr. IX/0589.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - vertagt

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Bürgermeister wird die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner um 18:00 Uhr erneut aufrufen.

4 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.09.2015 Vorlage: IX/0583

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

5 Richtlinien zur Förderung von Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften der Stadt Monheim am Rhein Vorlage: IX/0578

Protokoll:

Der Bürgermeister führt zu der Vorlage aus.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt das Vorhaben. Er bittet um Angabe, ob die städtischen Delegationen bei Besuchen in den Partnerstädten ebenfalls durch diese Richtlinien erfasst würden.

Die Verwaltung erläutert, dass dies nicht der Fall sei. Die angesprochenen Austausche stellen Dienstreisen dar, die auch entsprechend abgerechnet würden.

Auch die SPD-Fraktion bewertet den Grundgedanken positiv, so deren Sprecher. Ihn irritiere jedoch der Zusammenhang zum Stellenplan, der 0,7 Stellen für die Städtepartnerschaftsangelegenheiten vorsehe. Hier bestehe ein Missverhältnis zwischen Stellenanteil und dem, was inhaltlich durch diese Satzung festgelegt werde.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Einrichtung der Stelle unabhängig von der Satzung eingerichtet werden solle. Hier solle aktiv die Förderung der Städtepartnerschaften betrieben werden, in dem Sinne, dass Projekte geplant und Vereine und Institutionen einbezogen werden sollen. Auch soll es Aufgabe des Stelleninhabers oder der Stelleninhaberin sein, EU-Fördermittel für diesen Aufgabenbereich zu akquirieren.

Beschlussempfehlung

Die Richtlinien zur Förderung von Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaften der Stadt Monheim am Rhein werden in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

6 Neufassung der Vergabeordnung und 3. Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen Vorlage: IX/0423

Beschlussempfehlung

1. Die als Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügte Neufassung der „*Dienst-anweisung über das Vergabeverfahren bei der Stadt Monheim am Rhein (Vergabeordnung)*“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die „*3. Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen*“ wird in der als Anlage 2 der Beschlussvorlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

7 7. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" Vorlage: IX/0545

Beschlussempfehlung

Die 7. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8 **7. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0546

Beschlussempfehlung

Die 7. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 **1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"**
Vorlage: IX/0547

Beschlussempfehlung

Die 1. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 10 **2. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 19.12.2013**
Vorlage: IX/0562

Beschlussempfehlung

Die 2. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 11 **Abschluss eines Erschließungs- und eines Schiedsvertrages für das Bebauungsplangebiet 63 B "Am Waldbeerenberg"**
Vorlage: IX/0440

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt klar, dass seine Fraktion

die Bebauung am Waldbeerenberg in der aktuellen Version ablehne.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Erschließungs- und den dazu gehörenden Schiedsvertrag entsprechend dem als Anlage beigefügten Entwurf abzuschließen und die notwendigen Regelungen zu treffen.

einstimmig zugestimmt

**12 Neubau der Feuer- und Rettungswache
-Baubeschluss-
Vorlage: IX/0544**

Beschlussempfehlung

1. Der Neubau der Feuer- und Rettungswache ist entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die konkreten Fassadenmaterialien (Klinkerstein) sind dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr zur Farb-Bemusterung nochmals vorzulegen. Der Ausschuss wird ermächtigt, nach Bemusterung den Beschluss über die Farbe des Fassadenmaterials zu fassen.
3. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter der Investitionsnummer I 7102.050 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 18.000.000 Euro für die KG 200-500/700 nach DIN 276 (ohne Einrichtung / Möbel / feuerwehrspez. Anlagen).

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU)

**13 Neufassung der Satzung über die Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein
(Feuerwehrsatzung)
Vorlage: IX/0503**

Beschlussempfehlung

Die Satzung über die Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein (Feuerwehrsatzung) einschließlich ihrer Tarife wird in der Anlage 1 der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Anlage 1 (Satzung) und 2 (Kostenberechnung) sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**14 Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann
Vorlage: IX/0568**

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

15 Strategische Weiterentwicklung des Ulla-Hahn-Hauses in Monheim am

Rhein
Vorlage: IX/0415

Beschlussempfehlung

- 1.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt die Ergebnisse der Evaluation des Ulla-Hahn-Hauses (Anlage 1) zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung des vorliegenden Konzeptes zur Weiterentwicklung der Programmarbeit des Ulla-Hahn-Hauses. Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Zur Umsetzung der im Konzept benannten drei Vollzeitäquivalente werden im Stellenplan 2016 zwei weitere Vollzeitstellen für das Ulla-Hahn-Haus berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

16 Einführung der Selbstverbuchung in der Bibliothek Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0520

Beschlussempfehlung

- 1.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die vorliegende Maßnahmenplanung zur Einführung der Selbstverbuchung in der Bibliothek Monheim am Rhein
- 2.) Im Stellenplan 2016 wird eine Teilzeitstelle (20 Wochenstunden) für eine/n Bibliothekar/in berücksichtigt

einstimmig zugestimmt

17 Bibliothekskonzept 2015-2020
Vorlage: IX/0522

Beschlussempfehlung

- 1.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt das vorliegende Konzept der Bibliothek Monheim am Rhein. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein bevollmächtigt die Verwaltung die im Konzept benannten Maßnahmen umzusetzen. Dies gilt bei Maßnahmen, bei denen nur ein Eigenanteil im Haushalt etatisiert ist, vorbehaltlich einer Landesförderung.
- 3.) Im Stellenplan 2016 wird eine Teilzeitstelle (20 Wochenstunden) für den Auf- und Ausbau von Kooperationen mit Bildungseinrichtungen berücksichtigt.
- 4.) Für die Beauftragung einer räumlichen Konzeptstudie werden im Haushaltsplan 2016 zusätzlich 15.000 € bei der Bibliothek etatisiert.

einstimmig zugestimmt

18 Konzeption der Kunstschule Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0499

Beschlussempfehlung

- 1.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt das vorliegende Konzept der Kunstschule Monheim am Rhein. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein bevollmächtigt die Verwaltung die im Konzept benannten laufenden und kurzfristigen Maßnahmen ohne weitere

Beschlussfassung umzusetzen. Mittelfristig aufgeführte Maßnahmen werden dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

- 3.) Im Stellenplan 2016 wird eine Teilzeitstelle (25 Wochenstunden) für die Koordination der Projekte berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

**19 Umsetzung von Teilbereichen Konzept Mo.Ki-Zentrum
Vorlage: IX/0558**

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Umsetzung folgender Maßnahmen ab dem Jahr 2016:

1. die Erweiterung der Öffnungszeiten des Mo.Ki Cafés in der Monheimer Innenstadt;
2. die Übernahme des externen Finanzierungsanteils zur Sicherstellung der Angebote der Familienhebamme;
3. den Aufbau eines Mo.Ki-Cafés im Stadtteil Baumberg;

nach näherer Maßgabe der jeweiligen Ziffer im nachstehenden Begründungsteil und ermächtigt die Verwaltung mit der Durchführung aller hierfür jeweils notwendigen Schritte.

einstimmig zugestimmt

**20 Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in Tagespflege"
Vorlage: IX/0555**

Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt die Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege“ vom 20.12.2012, in der als Anlage zur Beschlussfassung vorgelegten Fassung. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**21 Vertretungsregelung in der Kindertagespflege
Vorlage: IX/0567**

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt

1. die Umsetzung des vorgelegten Vertretungskonzepts im Bereich der Kindertagespflege nach Maßgabe der Ausführungen im Begründungsteil ab dem Jahr 2016 und beauftragt die Verwaltung mit der Vornahme aller hierfür erforderlichen Schritte;
2. zur Finanzierung des Vertretungskonzeptes die zusätzliche Mittelbereitstellung

von jährlich 77.580,00 EUR im Produkt 06.01.00 Frühkindliche Bildung.

einstimmig zugestimmt

22

**Einführung der papierlosen Gremienarbeit und Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0575**

Protokoll:

Um sicher zu stellen, dass keine Personen ausgeschlossen würden, müsste dauerhaft die Möglichkeit bestehen, dass auf Wunsch Unterlagen in Papierform zur Verfügung gestellt würden, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Weiterhin lehne er es ab, dass die Hardware lediglich als Leihgerät zur Verfügung gestellt würde. Eine angemessene Vorbereitung der Sitzung wäre damit nicht möglich.

Diese Auffassung vertrete auch die SPD-Fraktion erklärt deren Sprecher. Insbesondere führe dies zu einer Belastung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, da die Vorbereitung der Sitzungen nicht gewährleistet werden könne, wenn das Leihgerät lediglich während der Sitzung zur Verfügung stehe. Daher sei eine Ergänzung dahingehend notwendig, dass dauerhaft auf Wunsch ein Ausdruck der Unterlagen erfolge.

Hinsichtlich der W-Lan-Verbindung stelle sich die Frage, was geschehe, wenn die Sitzung länger andauern würde, als die Zugangsfrist dauere.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Zugang nicht über den frei zur Verfügung stehenden W-Lan-Zugang erfolge, sondern über einen internen Zugang und somit die Drei-Stunden-Begrenzung nicht bestehe. Grundsätzlich sei es technisch möglich, zusätzlich Unterlagen in Papierform zur Verfügung zu stellen. Der Aufwand sei jedoch unverhältnismäßig hoch, wenn beide Formen angeboten würden. Im Übrigen sei jedes internetfähige Gerät für die Sitzungen nutzbar. Es müsse sich demnach nicht um Tablet PCs handeln. Auch Notebooks könnten genutzt werden.

Es gebe zwei sachkundige Bürger, die nicht über einen Internetzugang verfügen, erwidert der Sprecher der SPD-Fraktion. Diese Personen könnten nicht ausgeschlossen werden.

Die Einrichtung eines Internetzugangs könne gerne seitens der Verwaltung unterstützt werden, so der Bürgermeister.

Grundsätzlich würde das Vorhaben durch die CDU-Fraktion begrüßt, erklärt deren Sprecher. Jedoch fordere auch die CDU-Fraktion, dass auf Wunsch die Unterlagen in Papierform erhältlich seien. Um den Aufwand für die Verwaltung gering zu halten, könnte das jeweilige Fraktionsbüro für die Verteilung, insbesondere an die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, Sorge tragen.

Die Anschaffung der Geräte den Ratsmitgliedern und insbesondere den sachkundigen Vertretungen aufzuerlegen, werde ebenfalls kritisch gesehen. In diesem Zusammenhang habe die Aussage, dass zwar jede Hardware benutzt werden könne, ein Support aber nur für Apple erfolgen könne, für Irritationen gesorgt.

Hinsichtlich des Supports liege ein Missverständnis vor, so der Bürgermeister. Selbstverständlich werde jedes Gremienmitglied bei der Installation der App durch den IT-Service unterstützt. Allerdings könne sich dieser nicht in die Details

aller Hersteller einarbeiten um tiefere Einstellungen und Beratungen vornehmen, die über die Installation und den Betrieb der Software hinausgehen. Im Hause werde Apple verwendet, so dass der IT-Service hier über andere technische Möglichkeiten verfüge. Hinsichtlich der Übernahme der Kosten für ein entsprechendes Endgerät vertrete er die Meinung, dass die Kostenübernahme auch unter dem Gesichtspunkt akzeptabel sei, dass die Geräte auch privat genutzt werden könnten. Die Leihgeräte seien für diejenigen vorgesehen, die nicht über ein tragbares Gerät verfügen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion macht deutlich, dass ihre Fraktion die Vorlage unterstütze, da die digitale Gremienarbeit viele Vorteile mit sich bringe. So sei es besser möglich, Pläne und Zeichnungen zu betrachten. Auch bei notwendigen Aktualisierungen der Unterlagen erreiche die Mandatsträger die jeweilige Änderung wesentlich schneller. Aufgrund der privaten Nutzungsmöglichkeit der Geräte, sei es angemessen, dass diese privat angeschafft würden. Für besondere Einzelfälle könne sicherlich eine Möglichkeit gefunden werden, die, losgelöst von der Einladungspflicht, bestehen könnte.

Die Einführungsphase könne bis zum Ende des Jahres 2016 verlängert werden, schlägt der Bürgermeister vor und betont, dass nicht beabsichtigt sei, Personen auszuschließen.

Sofern am Ende der Einführungsphase Betroffene den Wunsch äußern, Unterlagen in Papierform zu erhalten, müsse dies berücksichtigt werden, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Eine Verlängerung der Probephase sei nicht erforderlich, erwidert der Sprecher der CDU-Fraktion. Es müsse sichergestellt werden, dass Ausnahmen möglich seien. Wichtig sei, mitgeteilt zu bekommen, wie die Anforderungen an das Gerät hinsichtlich Leistungsfähigkeit etc. seien.

Der Bürgermeister erklärt, dass es möglich sei, jeden Menschen in die Lage zu versetzen, dies nutzen zu können. Den Parallelbetrieb für Menschen zu betreiben, die nicht gewillt seien, halte er für unangemessen hinsichtlich des für die Verwaltung entstehenden Aufwands. Eine Ausnahme könne daher nur in begründeten Einzelfällen erfolgen. Die Verlängerung der Einführungsphase solle so gestaltet werden, dass bis Ende 2016 diejenigen eine Einladung in Papierform erhalten, die dies wünschen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion schlägt vor, folgende Änderungen aufzunehmen:

- Verlängerung der Einführungsphase bis Ende 2016 dahingehend, dass jeder ein Papierexemplar erhält, der das wünscht,
- Durchführung von Schulungen während der Einführungsphase,
- grundsätzliche Ausnahmen über die Einführungsphase hinaus in begründeten Einzelfällen.

Der Bürgermeister sichert für die kommende Ratssitzung einen modifizierten Beschlussvorschlag zu. Eine Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag erfolgt nicht.

Protokoll:

Die Verwaltung erläutert die Vorlage.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

24**Flächendeckender Ausbau des öffentlichen WLAN-Angebotes****Vorlage: IX/0569****Protokoll:**

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Angabe der Höhe der Wartungskosten nach Abschluss des Gesamtausbaus.

Die Wartungskosten betragen 50 € jährlich pro Standort, äußert die Verwaltung.

Ein flächendeckender Ausbau des W-Lan-Netzes halte die CDU-Fraktion für zu kostenintensiv und daher nicht für notwendig, so deren Sprecher. Die in der Vorlage auf Seite 2 aufgeführten Standorte seien ausreichend, ggf. könnte für das Jahr 2016 ein weiterer Standort, z. B. die Altstadt mit aufgenommen werden.

Eine Begrenzung auf einzelne Standorte sei im Hinblick auf die Tourismus-App nicht sinnvoll, erläutert der Bürgermeister. Die Besucherinnen und Besucher sollten die Möglichkeit haben, diese App kostenfrei zu nutzen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bewerte ein flächendeckendes W-Lan-Netz als unnötigen Luxus, erklärt der Sprecher der Fraktion. Da die meisten Menschen über eine Flat-Rate verfügen, sei das nicht erforderlich und werde abgelehnt.

Der Sprecher der PETO-Fraktion weist auf den Nutzen, insbesondere für die Tourismusförderung und den Einzelhandel hin. Auch werde die gesamte Einwohnerschaft davon profitieren.

Die Verwaltung merkt an, dass dann auch die für die inhaltliche Gestaltung einer sog. „Monheim-App“ veranschlagten 100.000 € abgelehnt werden müssten. Es sei geplant, dass der Startbildschirm mit städtischen Inhalten, Informationen der Einzelhändler und Gastronomen gefüllt würde.

Da der Ausbau im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau erfolge, stelle sich die Frage, ob diese Leistung durch die Mega erbracht werden könne, so der Sprecher der SPD-Fraktion.

Der Bürgermeister erklärt, dass städtische Inhalte eingespielt werden sollen. Daher sei dies nicht sinnvoll.

Beschlussempfehlung

1. Die Verfügbarkeit des öffentlichen WLAN-Angebotes wird im Rahmen des taktischen Zieles „Entwicklung der Stadt Monheim am Rhein zum modernen Multimedia-Standort“ auf das gesamte Stadtgebiet erweitert. Der Ausbau erfolgt sukzessive im Zeitraum 2016 bis 2019 parallel zum flächendeckenden Glasfaserausbau.
2. Die hierfür erforderlichen Investitionsmittel werden in den jeweiligen Haushaltsjahren zur Verfügung gestellt.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, enthalten: 1 SPD)

- 25 Antrag der ev. Kirchengemeinde auf einen Zuschuss zur Sanierung der Altstadtkirche**
Vorlage: IX/0580

Beschlussempfehlung

Der evangelischen Kirchengemeinde wird aufgrund ihres Antrags vom 02.11.2015 ein Zuschuss in Höhe von max. 200.000,00 Euro für die denkmalgerechte Sanierung der Altstadtkirche gemäß den in der Begründung aufgeführten Bedingungen gewährt.

einstimmig zugestimmt

- 26 Antrag zur Bezuschussung des Projektes "Sozialzentrum SKFM Monheim am Rhein e.V." neben der Johanneskirche Brandenburger Allee**
Vorlage: IX/0557

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, dem SKFM Monheim am Rhein e. V. aufgrund seines Antrags vom 12.10.2015 einen Zuschuss in Höhe von max. 100.000,00 Euro für den Anbau des Sozialzentrums in der Brandenburger Allee gemäß den in der Begründung aufgeführten Bedingungen zu gewähren.

einstimmig zugestimmt

- 27 Antrag der PETO-Fraktion "Rente für ehrenamtliche Feuerwehr"**
Vorlage: IX/0541

Beschlussempfehlung

Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Monheimer Feuerwehr ein Konzept für die Einführung einer Rente für die aktiven, ehrenamtlichen Mitglieder der Feuerwehr Monheim zu entwickeln. In den Haushaltsplan 2016 werden für die Umsetzung des Konzepts 30.000,00 EUR eingeplant. Die Gelder sind mit einem Sperrvermerk zu versehen und erst nach Vorstellung des Konzepts und Beschlussfassung durch den Rat freizugeben.

einstimmig zugestimmt

- 28 Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2014 und Entlastung des Bürgermeisters**
Vorlage: IX/0539/1

Protokoll:

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung und erklärt, dass er zu Ziffer 2 nicht stimmberechtigt ist.

Beschlussempfehlung

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss zum 31.12.2014 fest.

2. Der Rat entlastet gemäß § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW den Bürgermeister.

einstimmig zugestimmt

29 Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2014
Vorlage: IX/0477

Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 38.475.424,44 € zur Erhöhung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 12.825.141,48 € und zur Erhöhung der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 25.650.282,96 € zu verwenden.

einstimmig zugestimmt

Die Sitzung wird für die Zeit von 17:39 Uhr bis 17:53 Uhr unterbrochen.

29.1 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Beschluss:

Der Bürgermeister ruft erneut die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

30 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016
Vorlage: IX/0553

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer hin, die am heutigen Tage bei der Stadt Monheim am Rhein eingegangen sei und den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses in Papierform zur Verfügung gestellt wurde.

Ebenso seien die Änderungslisten mit den Ergebnissen der Beratungen der Fachausschüsse verteilt worden. Die sich ggf. aus der heutigen Beratung ergebenden Änderungen würden für die Ratssitzung noch ergänzt. Zudem sei jeweils ein Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingegangen, die bei den relevanten Produkten diskutiert werden sollten.

Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

01.05.00

Der Sprecher der SPD-Fraktion macht deutlich, dass seine Fraktion die Personalausstattung für nicht ausreichend halte.

Der Bürgermeister bittet, diese Diskussion im Rahmen der Beratung zum Stellen-

plans zu führen.

01.07.00

In den Erläuterungen sei aufgeführt, dass 100.000 € für den Relaunch der Homepage vorgesehen seien, merkt der Sprecher der SPD-Fraktion an. Hier stelle sich die Frage, wann diese Maßnahme zuletzt durchgeführt worden sei. Weiterhin erläutert er, dass seine Fraktion den vorgesehenen Betrag und den Betrag für die Umsetzung des städtischen Internetangebots in Höhe von ebenfalls 100.000 € für zu hoch erachte. Daher beantrage er die Senkung der beiden Positionen von je 100.000 € auf je 50.000 €.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies vor fünf Jahren der Fall gewesen sei.

Der PETO-Fraktion seien diese Vorhaben ebenfalls aufgefallen, erklärt deren Sprecherin. Nachdem der Bürgermeister auf Nachfrage in der Fraktionssitzung hierzu ausführlich erläutert habe, seien die Kosten nachvollziehbar und angemessen.

Der Grund liege in der Überarbeitung der Homepage monheimplus.de, so der Bürgermeister. Der Auftrag für diese Überarbeitung sei bereits erteilt. Die Kosten liegen dort bei 50.000 €. Damit solle ein Standard erreicht werden, der zeitgemäß, nutzerfreundlich und attraktiv sei. Die Stadt Monheim am Rhein werde als innovativer Wirtschaftsstandort dargestellt, hinter der die Internetseite in ihrer Gestaltung nicht zurückstehen dürfe.

Bei dem Thema W-Lan-Portal bestehe ein sehr großes Interesse der Einzelhändler sich zu präsentieren, führt der Bürgermeister aus. Hier würden Informationen nicht als App vorgehalten, sondern über W-Lan, da die Nutzerinnen und Nutzer oftmals nicht bereit seien, beliebig viele Apps auf ihr Smartphone zu laden. Dies sei dann nicht erforderlich. Sobald die Verbindung mit dem W-Lan erfolge, erscheine in einem geschützten Bereich als Startseite die städtischen Inhalte, über die sich ebenfalls die ortsansässigen Einzelhändler und Gastronomiebetriebe kostenfrei präsentieren könnten.

Die Überarbeitung sei grundsätzlich notwendig, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion. Jedoch sei der Umfang zu groß.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Ansätze für den Relaunch und die Umsetzung des städtischen Internets von je 100.000 € auf je 50.000 € zu senken, so dass sich der Ansatz für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 255.000 € auf 155.000 € reduziert, zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD)

01.11.01

Die sonstigen Aufwendungen seien auch im Jahr 2016 mit 676.150 € sehr hoch, so der Sprecher der SPD-Fraktion und bittet um Angabe der Gründe.

Hier seien die Kosten für Rechtsangelegenheiten und Versicherungen veranschlagt, erklärt die Verwaltung. Dabei entfielen ca. 540.000 € auf Versicherungsbeiträge und ca. 130.000 € auf die externe Rechtsberatung.

01.13.00

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt den Antrag, für die städtischen Liegenschaften ausschließlich Strom-Lieferverträge mit Ökostrom abzuschließen und die entsprechenden Mehrkosten in den Haushalt einzustellen, aus. Anschließend stellt der Bürgermeister den Antrag zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt den Antrag, 250.000 € für die Planungskosten einer Stadthalle aufzunehmen. Der schriftliche Antrag wird vorgelegt und dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Notwendigkeit einer Stadthalle werde skeptisch betrachtet, erläutert der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es sei nur mit einer überschaubaren Anzahl von Veranstaltungen zu rechnen und den größten Teil des Jahres stünde diese Stadthalle leer. Eine solide Machbarkeitsstudie sei hier angeraten, zumal die Kosten weit geringer als die Planungskosten seien. Eine ernsthafte Planung zu beauftragen, sei nicht angemessen.

Eine Stadthalle sei grundsätzlich zu begrüßen, so die Sprecherin der PETO-Fraktion. Was seitens der CDU-Fraktion beantragt werde, erfolge jedoch bereits. Die Stadt suche bereits nach einem geeigneten Standort, um ein Konzept zu erstellen. Die zuletzt favorisierte Lösung am Schützenplatz sei gescheitert, so dass die Standortsuche weiter betrieben werde. Hier sei nicht nur die ehemalige Fassabfüllhalle der Shell im Gespräch, sondern auch weiterhin der Bereich des Schützenplatzes denkbar. Es sei im zweiten Sitzungslauf mit einem entsprechenden Bericht der Verwaltung zu diesem Thema zu rechnen, der zunächst abgewartet werden müsse, bevor Planungsmittel in den Haushalt eingestellt würden.

Die Machbarkeitsstudie sei bereits im Sommer in Auftrag gegeben worden und der richtige Weg, erläutert der Bürgermeister. Als Standort kämen verschiedene Flächen in Betracht. Nach Fertigstellung der Studie würde ein Grobkonzept erarbeitet, das dann den entsprechenden Gremien zur Beratung vorgelegt würde. Der Sprecher der SPD-Fraktion gibt zu bedenken, dass bereits 1985 über eine Stadthalle in der Abfüllhalle der Shell nachgedacht wurde. Damals sei Abstand genommen worden, da die Forderungen des Eigentümers nicht erfüllbar gewesen seien. Zudem seien die Folgekosten einer Stadthalle erheblich und skeptisch zu betrachten.

Der Bürgermeister sichert die Vorlage eines entscheidungsreifen Konzepts im Jahr 2016 zu.

Der Sprecher der CDU-Fraktion zieht den Antrag aufgrund der Zusage des Bürgermeisters zurück.

01.14.00

Hier seien für den Hühnerstall am Ulla-Hahn-Haus 40.000 € veranschlagt, merkt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Hier stelle sich die Frage, ob es sich um die Planungskosten handeln würde.

Die Verwaltung stellt klar, dass dieser Betrag die Planungs- und Baukosten beinhalte und erläutert im Hinblick auf das Buch „Das verborgene Wort“ die besondere Bedeutung des Hühnerstalls.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Angabe, was unter der Optimierung des Bürgerservice für 1.550.000 € vorgesehen sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass hierzu noch entsprechende Baubeschlüsse durch die entsprechenden Ausschüsse zu fassen seien. Diese würden detaillierte Angaben enthalten.

15.01.00

Es seien 75.000 € für Werbepylonen veranschlagt, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er bittet um Angabe, wie diese gestaltet würden und wo diese aufgestellt würden.

Die Pylonen würden an den Ortseingängen platziert und mit einem Bereich für inhaltliche Hinweise versehen, erläutert der Bürgermeister. Ähnlich den damaligen Willkommenstafeln zum 850jährigen Ortsbestehen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion regt in diesem Zusammenhang an, den ortsansässigen Vereinen die Möglichkeit zu geben, auf diesen Schildern für ihre Veranstaltungen zu werben.

Der Bürgermeister erklärt, dass es noch keine dezidierte Planung hinsichtlich der Gestaltung und Nutzung gebe. Die Anregung werde jedoch aufgenommen und mit in die Überlegungen einbezogen.

16.01.00

Der Bürgermeister ruft den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2015 auf, der durch den Sprecher der SPD-Fraktion erläutert wird. Demnach steht die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B in Abhängigkeit zur Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt, den Hebesatz der Grundsteuer B auf 300% zu senken. Ein entsprechender schriftlicher Antrag wird vorgelegt und der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die PETO-Fraktion lehne beide Anträge ab, so deren Sprecherin. Es käme durch die Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B kein nennenswerter Betrag bei dem einzelnen Bürger an, würde der Stadt Monheim am Rhein aber Mindereinnahmen von 1,48 Mio. € bescheren. Daher würden andere Maßnahmen bevorzugt. Ein Zusammenhang mit der Absenkung des Gewerbesteuersatzes sei nicht zu erkennen. Mit der Gewerbesteuerensenkung werde eine klare Strategie verfolgt, die zu höheren Einnahmen führen würde.

Zwar werde ein Haushaltsüberschuss erwirtschaftet, jedoch sinke die Liquidität, gibt die Verwaltung zu bedenken. Die zur Verfügung stehenden Barmittel würden insgesamt um 26 Mio. € abnehmen, die durch den Rat beschlossene Liquiditätsreserve noch unterschritten. Bis diese erreicht sei, gebe es keinen Raum für die Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B, zumal diese in Monheim am Rhein im Vergleich zu den umliegenden Städten bereits gering sei. So liege der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B in Nordrhein-Westfalen bei 540%. Durch andere Maßnahmen könnte zudem die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort nachhaltig gestärkt werden.

Ein geringer Hebesatz für die Grundsteuer B stelle ebenfalls einen Standortfaktor dar, erwidert der Sprecher der CDU-Fraktion. Diese Maßnahme komme jedem zu

Gute. Es würden Grundstückseigentümer, Mieter und Unternehmen, die ebenfalls Grundsteuer B-pflichtig seien, profitieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehne die Senkung der Grundsteuer B ebenfalls ab, erklärt deren Sprecher. Die Entwicklung der Liquiditätsreserve sei dramatisch, insbesondere im Hinblick auf die zeitverzögerte Fälligkeit der Kreisumlage. Eine Möglichkeit für die Senkung der Gewerbesteuer werde ebenfalls nicht gesehen.

Der Bürgermeister erklärt, dass jedes Unternehmen, das sich in Monheim am Rhein ansiedelt, die jetzige wirtschaftliche Situation sichere. Die Erwartungen seien im Hinblick auf die Gewerbesteuereinnahmen immer übertroffen worden. Im Haushaltsjahr 2015 sei eine Ergebnisverbesserung von rund 30 Mio. € zu verzeichnen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion ergänzt, dass es im Regierungsbezirk Düsseldorf lediglich 3 Städte und im Regierungsbezirk Köln keine Stadt gebe, die einen günstigeren Hebesatz der Grundsteuer B hätten.

Der Bürgermeister stellt den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion auf Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 300% zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, enthalten: 1 SPD)

Der Antrag der SPD-Fraktion steht in Zusammenhang mit der Höhe des Hebesatzes der Gewerbesteuer. Daher stellt der Bürgermeister zunächst zur Abstimmung, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 285% festzusetzen.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Über die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 365% wird abgestimmt.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD)
Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2016 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltungbeschlossen hat, angenommen.
2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2016 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung 2016 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Produkte ist als verbindlich anzusehen.
3. Der Rat macht sich die Stellungnahme der Verwaltung vom 23.11.2015

zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung unter Ergänzung der Änderungsvorschläge aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses zu Eigen (Anlage 4).

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 Bündnis 90/Die Grünen, enthalten: 3 CDU, 1 SPD)

31 Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

32 Mündliche Anfragen

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Die Sitzung wird für die Zeit von 19:56 Uhr bis 20:05 Uhr unterbrochen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin